

Martin J. Wilde **Neue Ära in Ghana**

Der ghanaische Oppositionsführer John A. Kufuor (NPP) hat die Präsidentschaftswahlen im westafrikanischen Ghana im zweiten Anlauf gewonnen und wurde am 7. Januar 2001 in seinem neuen Amt vereidigt. Damit kam es erstmals in der Geschichte dieses Landes, das als erster schwarzafrikanischer Staat 1957 unabhängig wurde, zu einem friedlichen Machtwechsel. Gleichzeitig endete die fast 20-jährige Ära von Jerry John Rawlings, der von 1981 bis 1992 als Militärmachthaber und von 1993 bis 2001 als zweimal gewählter ziviler Präsident regierte. Er hinterläßt seinem Nachfolger ein politisch gereiftes, wirtschaftlich aber in einer tiefen und besorgniserregenden Krise steckendes Land. Der neue Präsident Kufuor hat zur Lösung dieser Probleme eine Regierung der „nationalen Einbeziehung“ (*national inclusion*) gebildet und ist auf die Unterstützung kleiner Parteien im Parlament angewiesen. Seitens der internationalen Gebergemeinschaft bedarf er ebenfalls der Unterstützung, die er und das Land verdient haben.

■ **John A. Kufuor: neuer Präsident Ghanas**

Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und in Anwesenheit mehrerer westafrikanischer Staatschefs ist John A. Kufuor von der New Patriotic Party (NPP) am 7. Januar 2001 als zweiter Präsident der Vierten Republik Ghanas vereidigt worden. Er löste den langjährigen Präsidenten Jerry John Rawlings ab, der 1981 durch einen Militärputsch an die Macht gelangt war und nach demokratischen Reformen und der Verabschiedung einer zivilen Verfassung 1992 und 1996 aus demokratischen Wahlen zweimal als Sieger hervorgegangen war, nun aber nach zwei Amtsperioden verfassungsgemäß nicht wieder kandidieren durfte. Kufuor hatte sich in einem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 28. Dezember 2000 gegen den amtierenden Vizepräsidenten Prof. John E. A. Mills vom regierenden National Democratic Congress (NDC) mit 56,9 Prozent zu 43,1 Prozent der Stimmen klar durchgesetzt. Der zweite Wahlgang war nötig geworden, nachdem beim ersten Wahlgang am 7. Dezember 2000, bei dem gleichzeitig auch Parlamentswahlen stattfanden, keiner der insgesamt sieben Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen erreichte. Kufuor ging aus diesem Wahlgang mit 48,2 Prozent als Favorit hervor, während Mills mit 44,5 Prozent Zweiter wurde. Die restlichen Stimmen verteilten sich auf die Kandidaten von fünf kleineren Oppositionsparteien, die sich unmittelbar nach Bekanntgabe der Ergebnisse geschlossen hinter Kufuor stellten und ihre Anhänger zu einer entsprechenden Stimmabgabe im zweiten Wahlgang aufriefen. Im Parlament erreichten die bisherigen Oppositionsparteien bei den Wahlen am 7. Dezember 2000 eine Mehrheit.

Erstmalig in der Geschichte Ghanas kam es somit zu einem friedlichen Machtwechsel. Bislang war noch jede aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung einem Militärputsch zum Opfer gefallen. Mit Recht darf man diesen Machtwechsel deshalb mit dem Attribut „historisch“ versehen. Ghana, das 1957 als erstes schwarzafrikanisches Land unabhängig wurde, ist damit wieder einmal zum Vorreiter politischer Entwicklungen auf diesem Kontinent und zu einem Zeichen der Hoffnung für Afrika geworden. Zahlreiche hochrangige internationale Gäste fanden sich aus Anlass der Amtseinführung Kufuors an diesem Tag auf dem Vorplatz des Parlamentsgebäudes in derghanaischen Hauptstadt Accra ein. Sie wollten Zeugen des historischen Geschehens sein und dem neuen Präsidenten ihre Unterstützung zusichern. Besonderer Ehrengast war Nigerias Staatspräsident Olusegun Obasanjo. Ebenfalls anwesend waren die Präsidenten der beiden Nachbarländer Togo und Burkina Faso, Ejadema und Konaré, sowie der südafrikanische Vizepräsident Zuma. Den herzlichsten Empfang bereitete die jubelnde Menge jedoch dem senegalesischen Staatschef Abdulai Wade, der im Frühjahr 2000 ebenfalls aus freien Wahlen als Sieger hervorging und damit auf friedliche Weise die seit Jahrzehnten herrschende Regierungspartei ablöste.

■ Knappe Parlamentsmehrheit

Am gleichen Tag unmittelbar vor der Vereidigung Kufuors konstituierte sich auch das am 7. Dezember 2000 neugewählte Parlament. Nach der Nachwahl in einem Parlamentswahlkreis am 3. Januar 2001, die wegen des Todes eines Kandidaten notwendig geworden war, verfügt die NPP dort nun über 100 (vorher 61) der insgesamt 200 Parlamentssitze. Die NDC errang 92 (133) Mandate, die Peoples' National Convention (PNC), eine nkrumahistische Partei mit regionalen Hochburgen im Norden, kommt auf drei (1) Sitze, und auf die ebenfalls nkrumahistische Convention Peoples' Party (CPP) entfiel ein (5) Sitz. Hinzu kommen vier (0) unabhängige Abgeordnete, die alle aus der NDC kommen und wegen lokaler Rivalitäten als Unabhängige kandidiert hatten. Zwei von ihnen sind daher fest der NDC zuzurechnen, die beiden anderen und der Abgeordnete der CPP haben angekündigt, die Regierung Kufuors zu unterstützen.

zen. Die PNC hat es abgelehnt, sich festzulegen. Allerdings hat ihr stellvertretender Parteivorsitzender ein Ministeramt angenommen.

Als neuer Parlamentspräsident wurde der frühere NPP-Vorsitzende Peter Ala Adjetei gewählt. Ein verfassungsrechtliches Kuriosum ist dabei, dass der Parlamentspräsident kein gewähltes Mitglied des Parlamentes ist, sondern vom Parlament von außerhalb gewählt wird. Dies soll dem Geist der Verfassung entsprechend zu mehr Neutralität des Parlamentspräsidenten beitragen. Traditionsgemäß wird deshalb immer ein prominentes Mitglied der BAR-Association (Anwältevereinigung) auf Vorschlag der Mehrheitsfraktion auf diesen Posten gewählt. Peter Ala Adjetei war in den achtziger und neunziger Jahren für mehrere Amtsperioden Präsident der BAR in Ghana und steht derzeit dem Dachverband der afrikanischen Anwältevereinigungen vor. Er galt und gilt als einer der heftigsten Kritiker von Rawlings und verbrachte während dessen Militärherrschaft mehrere Jahre im Gefängnis. Als brillanter Verfassungsrechtler bescherte er nach 1992 der Zivilregierung Rawlings einige aufsehenerregende Niederlagen vor dem Supreme Court. Dass er jetzt einstimmig per Akklamation und mit Zustimmung der NDC zum Parlamentpräsidenten gewählt wurde, ist ein ermutigendes Signal der Versöhnung innerhalb der politischen Klasse und ein Zeichen ihrer politischen Reife.

Die Posten des ersten und zweiten stellvertretenen Parlamentspräsidenten, die jeweils aus der Mitte des Parlamentes gewählt werden, gingen an die beiden bisherigen Inhaber, Freddy Blay (CPP) und Kenneth Dzirasa (NDC), wobei Blay vom zweiten zum ersten Stellvertreter aufrückte und Dzirasa nun dessen Posten einnimmt. Diese Besetzung der beiden Positionen ist ebenfalls bemerkenswert, weil die NDC im alten Parlament der NPP keinen Stellvertreterposten zugebilligt hatte und auf Grund ihrer annähernden Zweidrittelmehrheit neben dem Speaker auch den ersten Stellvertreter für sich reklamierte. Dies war damals als die gute parlamentarische Tradition verletzend empfunden worden. Dass die NPP nun nicht mit gleicher Münze zurückgezahlt hat, der NDC einen der beiden Stellvertreterposten zugestellt und den anderen wiederum an die CPP gehen ließ, obwohl Blay nun deren einziger Abge-

ordneter ist, ist eine politisch noble Geste, die auf die Ernsthaftigkeit Kufuors schließen lässt, seine Ankündigung einer Regierung der „nationalen Einbeziehung“ wahr zu machen. Darüber hinaus ist es aber auch eine Anerkennung der parlamentarischen Leistungen von Blay und Dzirahah.

Rechnet man nun den Parlamentspräsidenten hinzu, der gemäß der Verfassung bei Stimmengleichheit entscheidet (*casting vote*), so verfügt die NPP alleine über die denkbar knappste Parlamentsmehrheit von 100 plus 1. Eine stabile und verlässliche Basis ist dies jedoch nicht, so dass Kufuor zumindest auch auf die Mitarbeit Freddy Blays (CPP) und der beiden unabhängigen Abgeordneten angewiesen sein wird, die ihre Unterstützung ja auch schon signalisiert haben. Sicherlich wird sich Kufuor weiterhin auch um die PNC bemühen und für weitreichende Entscheidungen auch an einem Konsens mit der NDC interessiert sein. Insofern ist die Bildung einer parteiübergreifenden Regierung nicht nur eine begrüßenswerte Geste, sondern eine politische Notwendigkeit. Die Notwenigkeit zu politischem Handeln über die Partegrenzen hinweg wird auch dadurch verstärkt, dass die derzeitige schwere Wirtschaftskrise enorme Anstrengungen erfordert. Politisches Nachkarten und parteipolitisches Gezänk wären angesichts dessen eine gefährliche Vergeudung von Zeit und Energie.

■ **Kufuors Regierungsprogramm – eine Skizze**

Die Antrittsrede Kufuors unmittelbar im Anschluss an seine Vereidigung zeigt deutlich, dass er sich dieser Gefahr wohl bewusst ist. Er weiß, dass ihm praktisch nur drei Jahre bleiben, um die wirtschaftlichen Probleme zu lösen und seine politischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. In seiner Rede rief Kufuor vor Zehntausenden von Gästen und Anhängern auf dem Independence Square ein „goldenes Zeitalter des unternehmerischen Wirtschaftens“ (*a golden age of business and entrepreneurship*) aus. Er wiederholte seine bereits früher gemachte Ankündigung, eine Regierung der „nationalen Einbeziehung“ (*national inclusion*) zu bilden, deren Mitglieder allein entsprechend ihren Fähigkeiten ausgesucht und nicht nur aus den Reihen seiner siegreichen NPP kommen

würden, und in der es keine Toleranz für Korruption (zero-tolerance for corruption) geben werde. Bezuglich letzterem versprach er, ein persönliches Beispiel zu setzen. Des weiteren gab er die Neuschaffung eines Frauenministeriums bekannt und wiederholte sein Versprechen, sich für nationale Versöhnung einzusetzen. Dies sind die wichtigsten Punkte, in denen Kufuor seine Politik des „positiven Wechsels“ (*positive change*), so sein Wahlkampfmotto, umsetzen und sich von seinem Vorgänger Rawlings unterscheiden will.

„Ein goldenes Zeitalter unernehmerischen Wirtschaftens“

Die starke und unüberhörbare Betonung der Wichtigkeit „unternehmerischen Wirtschaftens“ macht den Kern der wirtschaftspolitischen Vorstellungen Kufuors aus, von denen er selbst als Unternehmer überzeugt ist und die ganz in der wirtschaftsliberalen Tradition seiner Partei stehen. Sie unterscheidet sich grundlegend von der Politik der NDC, die sich zwar verbal zum Vorrang der Privatwirtschaft bekannt und seit 1983 Strukturanpassungsprogramme mit Weltbank und IWF durchgeführt hat, dem privaten Unternehmertum aber immer misstrauisch gegenüber stand und es allenfalls halbherzig förderte. Der Privatisierungsprozess verlief in den letzten Jahren sehr schleppend und nur auf massiven Druck seitens Weltbank und des IMF – es sei denn, es ging um die lukrative „Selbstprivatisierung“ führender Parteigänger. Die strukturelle Schwäche des Privatsektors vor allem im produzierenden Gewerbe gilt denn auch als eine der Hauptursachen für die gegenwärtige wirtschaftliche Krise. Da die Weltmarktpreise der beiden Hauptexportgüter Gold und Kakao derzeit im Keller sind und andere Exportgüter quantitativ kaum ins Gewicht fallen und nur wenig an Devisen einbringen, gleichzeitig aber wegen des gestiegenen Rohölpreises und Ghanas starker Importabhängigkeit von Öl sowie Investitions- und Konsumgütern eine exorbitante Devisenrechnung zu begleichen ist, tritt diese Strukturschwäche nun unübersehbar zutage. Verschärft wird die Krise dadurch, dass die Regierung Benzin und Diesel aus politisch-wahlaktischen Gründen so stark subventioniert hat und die deswegen aufgenommenen internen Schulden in einer sol-

chen Höhe verzinst, dass die Banken lieber Schuldverschreibungen des Staates kaufen als Kredite an die Privatwirtschaft zu vergeben. Besonders dramatisch und in der Tat angstinfößend ist in diesem Zusammenhang laut einer Mitte Januar von Weltbank und IMF gemeinsam veröffentlichten Stellungnahme, dass die den Banken im vergangenen Jahr politisch abgenötigte Kreditvergabe an die staatliche Ölraffinerie in Tema zur Subventionierung von Benzin- und Dieseltreibstoffen eine Höhe erreicht hat, die das gesamte Bankensystem an den Rand des Abgrunds geführt hat. Die Gesamtkreditvergabe an die Raffinerie beläuft sich auf knapp 700 Millionen DM, was mehr ist als das gesamte Eigenkapital des ghanaischen Bankensektors zusammen. Im Klartext heißt dies: Der Staat ist bankrott, die Wirtschaft liegt am Boden, dem Bankensystem droht der Zusammenbruch und die Armutssituation hat sich verschärft.

Angesichts dieser Lage müssen sich auch die internationalen Geber, allen voran die Weltbank und der IMF, die Frage gefallen lassen, wie sie das politisch-wahlaktische Finanzgebaren der Regierung Rawlings-Mills haben durchgehen lassen können. Noch im November 1999 bei dem erstmalig in Accra abgehaltenen Treffen der Consultative Group der wichtigsten Geber hatten sie versichert, der Regierung im Wahljahr besonders genau auf die Finger zu schauen und politische Wahlgeschenkaktionen nicht mitzufinanzieren.¹⁾

Kufuor ist also angesichts der gigantischen wirtschaftlichen Probleme und der enormen Erwartungen der Bevölkerung keineswegs zu beneiden. Dieser Bürde ist sich der Präsident jedoch voll bewusst, ebenso wie seiner begrenzten Handlungsmöglichkeiten. Getreu dem Motto, dass die Hälfte der Wirtschaftspolitik Psychologie ist, setzt Kufuor auf die sich nun freier entfaltenden unternehmerischen Kräfte und Initiativen und hat dabei auch die vielen Auslandsghanaer im Blick, die sich mit ihrem Kapital auch nach 1992 nicht in das Rawlings'sche Ghana trauten. Er setzt freilich auch darauf, dass ihn die Geber mit Wohlwollen behandeln, auch wenn er das Wort von der Demokratie-Dividende selbst nicht in den Mund nimmt. Er setzt jedoch nicht ausschließlich auf die Wirtschaft und die internationale Gebergemeinschaft, sondern ausdrücklich auch auf die

1) Trotz hervorragender PR-Arbeit der Weltbank, die Ghana gerne als Musterschüler gepriesen hat, muss man klar und eindeutig feststellen: Strukturpassung hat in Ghana unter Rawlings nicht stattgefunden. Stattgefunden hat eine Rückkehr zur alten kolonialen Wirtschaftsstruktur, d. h. Goldbergbau, Kakaoanbau und Tropenholzgewinnung, sowie ein Ausbau der Infrastruktur, d.h. Straßen, Elektrizität, Telekommunikation etc. Im schwarzafrikanischen Vergleich ist dies gut. Einen Strukturwandel der Wirtschaft stellt dies aber nicht dar, und in einer sich globalisierenden Weltwirtschaft ist dies schlicht zu wenig. Die PR-Strategen der Weltbank brauchten eben eine Erfolgsstory in Afrika – um jeden Preis. Den Preis hierfür müssen nun die neue Regierung Kufuor und das ghanaische Volk bezahlen.

Gewerkschaften, deren Einbeziehung in wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen er ebenfalls in seiner Antrittsrede ankündigte.

Wirtschaftsfachleute dominieren das Kabinett

Kufuors Kabinettsliste ist eine deutliche Manifestation seines festen Willens, der Lösung der Wirtschaftsprobleme und der Bildung wirtschaftspolitischen Vertrauens oberste Priorität einzuräumen. Die Wirtschaftsfachleute dominieren ganz eindeutig das neue Kabinett; mehr als die Hälfte der neuen Minister haben entweder hinsichtlich ihrer Ausbildung oder ihres beruflichen Werdeganges einen direkten Wirtschaftshintergrund. Dies wird auch dadurch unterstrichen, dass er seine Ankündigung der Bildung einer Regierung der nationalen Einbeziehung wahr gemacht und keineswegs nur Gefolgsleute seiner eigenen Partei in wichtige Ämter berufen hat, sondern auch Vertreter anderer Parteien sowie parteilose Experten. Die Ernennung von Yaw Osafo-Marfo (NPP), einem der bekanntesten und von Rawlings aus rein politischen Gründen kaltgestellten Banker Ghanas, zum neuen Finanzminister etwa wird als eine gute Wahl angesehen. Verstärkt wird dies dadurch, dass er den bisherigen finanzpolitischen Sprecher der NPP-Parlamentsfraktion, Dr. Kofi Apraku, zum Wirtschaftsminister (*Trade and Industry*) berufen hat. Der bisherige Fraktionsvorsitzende und Politikveteran J.H. Mensah, der von 1969 bis 1972 Finanzminister der Regierung Busia war, behielt seinen Posten in der Fraktion und übernahm zusätzlich das Portfolio des Ministers für Regierungskoordination und den Vorsitz der nationalen Planungskommission. Mensah erhält damit eine außerordentliche Aufgabenfülle und den Auftrag, innerhalb der Regierung und zwischen ihr und dem Parlament zu koordinieren. Kufuor setzt offensichtlich auf die Professionalität des erfahrenen Politikers, mit dessen Schwester Theresa er übrigens verheiratet ist, um die unausweichlichen unpopulären Maßnahmen in der eigenen Fraktion und im Parlament durchzusetzen. Bemerkenswert ist ebenfalls die Ernennung des CPP-Politikers Dr. Kwesi Nduom, eines international erfolgreichen Unternehmers und renommierten Finanzfachmanns zum Minister für Regionale Integration und Wirtschaftsplanung. Mit

dieser Entscheidung belegt Kufuor seine Absicht, zur Lösung der Wirtschaftsprobleme die besten Leute ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit ins Kabinett zu holen. Unterstrichen wird die Wirtschaftsorientierung seiner Regierung auch dadurch, dass er im Präsidialamt den Posten eines Staatsministeres für Privatwirtschaftsförderung geschaffen und mit dem Abgeordneten Charles Omar Nyanor besetzt hat. Auch diese Entscheidung ist als Signal unmissverständlich: Die Förderung der Privatwirtschaft ist Chefsache.

Frauenförderung akzentuiert

Dass mit der bisherigen sehr couragierten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gladys Asmah ebenfalls eine Unternehmerin an die Spitze des neu geschaffenen Frauenministeriums rückt, verstärkt das Bemühen Kufuors um wirtschaftliche Kompetenz in seinem Kabinett zusätzlich. Die Schaffung dieses neuen Ministeriums und seine Besetzung mit einem politischen Schwergewicht sind darüber hinaus auch subtile, aber klare Distanzierungszeichen gegenüber Rawlings und vor allem dessen Frau, die die Frauenförderung und das entsprechende Instrument dafür, das 31. December Womens' Movement (in Anlehnung an den zweiten Rawlingsputsch am 31. Dezember 1981), zu ihrer staatlich finanzierten Privatsache gemacht hatte. Die Schaffung eines eigenen Ministeriums nun soll verdeutlichen, dass Frauenförderung eine gesamtstaatliche und am Gemeinwohl orientierte Aufgabe ist.

Korruptionsbekämpfung nicht nur Pflichtübung

Die Hervorhebung der Korruptionsbekämpfung ist sicherlich ernst gemeint, in erster Linie aber als vertrauensbildendes Signal in Richtung Privatwirtschaft und potenzieller ausländischer Investoren adressiert. Es ist aber auch gemeint als eine Messlatte im Vergleich zu Rawlings, der seine beiden Militäriputsche 1979 und 1981 jeweils mit der Ausmerzung der Korruption begründet hatte, es aber in den letzten Jahren seiner Regierungszeit nicht verhindern konnte, dass die Korruption fröhliche Urständ feierte und sich wie ein Krebsgeschwür in allen gesellschaftlichen Bereichen einnistete und ausbreitete. Letztlich ist diese Betonung auch eine Mahnung an diejenigen in

seiner eigenen Partei, die meinen, dass nach fast 30 Jahren der Opposition und der Entbehrungen für sie nun die Zeit gekommen sei, alle die Privilegien und Pfründen zu gewinnen, zu denen sie bislang keinen Zugang hatten. Dieser Versuchung zu widerstehen bzw. für entsprechende Disziplin im eigenen Lager zu sorgen, dies wird möglicherweise die wichtigste Herausforderung für Kufuor sein, an der sich das Wohl und Wehe seiner Regierung entscheiden kann. Die hauchdünne Parlamentsmehrheit wird ihm dabei helfen, so widersprüchlich dies zunächst erscheinen mag. Sein Angewiesensein auf die anderen Parteien kann ihm aber in der Tat helfen, denn gegenüber Begehrlichkeiten aus den eigenen Reihen kann er immer auf die gebotene Rücksichtnahme auf diese verweisen. Die Gefahr, dass die Regierung angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse wichtige Vorhaben nicht durchs Parlament bringen könnte, ist sicherlich gegeben, aber in Abwägung dieses Risikos einerseits und des Risikos überbordender Begehrlichkeiten nach 30 Jahren Abstinenz andererseits erscheint letzteres als das geringere Übel. Die Tatsache, dass Kufuor nicht nur Leute seiner eigenen Partei in wichtige Ämter berufen hat, ist ein vielversprechendes Zeichen und zeigt, dass er Druck aus den eigenen Reihen standhalten und Begehrlichkeiten seiner Parteifreunde zügeln kann.

■ Kufuor – seine Persönlichkeit

Dass Kufuor bereit ist, Führung zu zeigen, hat er ebenfalls in einer anderen Angelegenheit bereits deutlich gemacht. Als am Morgen des 30. Dezember 2000 Vizepräsident Mills seine Wahlniederlage öffentlich eingestanden und Kufuor zu dessen Sieg telefonisch gratuliert hatte und nachdem kurz darauf die unabhängige Wahlkommission das Ergebnis offiziell verkündet und Kufuor zum Sieger der Wahlen erklärt hatte, wiederholte dieser in einer live in Rundfunk und Fernsehen übertragenen Ansprache und flankiert von den Parteiführern der kleinen Parteien, die ihn im zweiten Wahlgang unterstützt hatten, sein Wahlversprechen, sich für nationale Versöhnung einzusetzen und die Wunden der bitteren politischen Auseinandersetzungen der vergangenen 20 Jahre zu heilen. Damit spielte er vor allem auf die Menschenrechtsverletzungen während der Militärregierung

Rawlings und die entsprechenden Rachegelüste der Opfer oder ihrer Hinterbliebenen an. Ausdrücklich sicherte er dem scheidenden Präsidenten die einem ehemaligen Staatsoberhaupt zustehende respekt- und würdevolle Behandlung zu. Kufuor wörtlich: „Herr Präsident, ich werde sicherstellen, dass Sie in genau derselben Art und Weise behandelt werden, wie ich behandelt werden möchte, wenn ich dereinst aus meinem Amt scheide.“ Damit teilte er von Anfang an Bestrebungen aus den eigenen Reihen eine Absage, offiziell als Regierung oder über private Klagen zu versuchen, Rawlings persönlich für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Mit dieser ersten Ansprache hat Kufuor nach über einstimmender Meinung politischer Beobachter den richtigen Ton getroffen. Er hat dabei nicht nur zur Beruhigung der im Wahlkampf aufgeheizten Stimmung beigetragen und das Seine getan, um einen reibungslosen Übergang der Regierungsgeschäfte vorzubereiten, sondern er hat auch gleich die erste Gelegenheit genutzt, um im eigenen Lager seinen Führungsanspruch zu untermauern und die NPP in eine echte Volkspartei zu transformieren. Beides ist angesichts von partiinternen Querelen, die weite Strecken der fast 50-jährigen Parteigeschichte geprägt haben und ebenso immer wieder mit ein Grund für verschiedene Wahlniederlagen der jüngsten und älteren Vergangenheit waren wie das elitäre und von ethnischen Einseitigkeiten geprägte Verhalten führender Parteimitglieder, von großer Bedeutung.

Wie sein Amtskollege Abdulai Wade im Senegal hat Kufuor bereits mehr als drei Jahrzehnte politischen Lebens hinter sich. Der 1938 geborene Jurist stammt aus einer traditionsreichen Fürstenfamilie der Ashanti, der Volksgruppe, die bis Ende des 19. Jahrhunderts weite Teile des heutigen Ghanas beherrschte. Wie viele andere Söhne der damals sehr dünnen ghanaischen Oberschicht studierte er in England. Er gehört der Anglikanischen Kirche an, besucht aber wegen seiner katholischen Frau Theresa, mit der er fünf inzwischen erwachsene Kinder hat, vorwiegend den katholischen Gottesdienst. Bereits im Alter von 30 Jahren wurde er 1969 zum ersten Mal ins Parlament gewählt und in der Regierung Busia (1969-1972) stellvertretender Außenminister, nachdem er zuvor der Verfassunggebenden Ver-

sammlung der zweiten Republik angehört hatte. Nach dem Militärputsch 1972 verbrachte er ein Jahr im Gefängnis und betätigte sich anschließend als Geschäftsmann. 1979 war er erneut Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung der Dritten Republik, und zog im gleichen Jahr, kurz nach dem ersten Rawlings-Putsch und dessen Machtübergabe an den neu gewählten Präsidenten Hilla Limann, erneut ins Parlament ein, wo er stellvertretender Oppositionsführer wurde. Nach dem zweiten Rawlings-Putsch 1981 landete Kufuor zunächst wieder im Gefängnis, wurde aber kurz darauf entlassen und von Rawlings zum Minister für Kommunalverwaltung gemacht, so wie Rawlings auch andere Oppositionspolitiker der Dritten Republik (1979-1981) in seine Regierung aufnahm. Bereits nach einem guten halben Jahr reichte Kufuor jedoch seinen Rücktritt ein, weil er sich nicht mit dem Führungs- und Regierungsstil von Rawlings identifizieren konnte und eine schnelle Rückkehr des Militärs in die Kasernen und die Wiederherstellung einer zivilen Staatsordnung befürwortete. Er widmete sich danach wieder seinen Geschäften und war Ende der achtziger Jahre eine Zeit lang Präsident des Fußballclubs Asante (Ashanti) Kotoko in Kumasi, der Hauptstadt der Ashanti-Region – ein Amt, das man in der Regel nur als wohlhabender und spendabler Bürger übernimmt. Der frühere amerikanische Präsident George Bush sen. wird zu seinen Freunden gezählt.

Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung 1992 und der Rückkehr Ghanas zur Demokratie bemühte er sich erstmalig um die Präsidentschaftskandidatur der NPP, unterlag aber im innerparteilichen Machtkampf. 1996 gewann er diesen, verlor aber die Wahlen gegen Rawlings im ersten Wahlgang. Die von ihm erzielten 39 Prozent der Stimmen waren jedoch ein bemerkenswerter Achtungserfolg, vor allem angesichts der Tatsache, dass die NPP die Parlamentswahlen 1992 boykottiert hatte und so 1996 als außerparlamentarische Opposition in den Wahlkampf ging. Sein Achtungserfolg 1996 und die schlagfertige Oppositionstruppe der NPP im Parlament bildeten die Grundlagen für den langen, aber erfolgreichen Wahlkampf des Jahres 2000. Aus Fehlern seines Wahlkampfes des Jahres 1996 zog Kufuor die richtigen Lehren und reiste in den darauffolgen-

den beiden Jahren kreuz und quer durchs Land, beackerte unermüdlich auch steiniges Terrain wie den Norden Ghanas und gewann erneut die Präsidentschaftskandidatur der NPP. Auf dem Wahlparteitag, der von der Partei bereits im Herbst 1998 abgehalten wurde, um dem gewählten Kandidaten Zeit genug für die Wahlkampfvorbereitung und die Heilung innerparteilicher Wunden zu geben, gewann er auf Anhieb die erforderliche absolute Mehrheit und sämtliche Delegiertenstimmen aus den drei Nordregionen. Letzteres war ein klares Zeichen dafür, dass er bereits damals einen Vertreter des Nordens als *Running Mate* vorgesehen hatte und sich bewusst war, dass die NPP nur eine Siegeschance hat, wenn sie sich vom Stigma der Ashanti-Lastigkeit befreit und sich zu einer landesweiten Volkspartei wandelte. Diesbezüglich will Kufuor an die historischen Wurzeln und Ursprünge der Partei anknüpfen, die sich in der Tradition der United Party (UP) sieht. Diese Partei war Anfang der fünfziger Jahre unter Führung von J. B. Danquah aus der Vereinigung der nationalistischen Ashanti-Bewegung National Liberation Movement (NLM) und der Northern Peoples' Party (NPP) entstanden. Im Laufe der Jahrzehnte und besonders während der Regierungszeit Rawlings' hatte die Partei aber ihre Anhängerschaft im Norden weitgehend verloren und immer stärker Züge einer von Ashantis dominierten Organisation angenommen. An der Transformation der NPP in eine landesweite echte Volkspartei, der Stärkung ihrer Strukturen außerhalb der Ashanti-Region und an ihrer Geschlossenheit arbeitete er fortan systematisch, ebenso wie an der Beschaffung der für einen langen Wahlkampf notwendigen finanziellen Mittel. Dafür versammelte er eine fähige Wahlkampfmannschaft und band auch innerparteiliche Widersacher erfolgreich in seine Strategie ein.

■ Der geschickte Wahlkampf Kufuors – das strategische Dilemma der NDC

Leiter seines Wahlkampfteams wurde der Regionalvorsitzende der NPP in der Greater Accra Region, Jake Obetsebi-Lamptey. Dieser brachte als Eigentümer der landesweit größten Werbeagentur nicht nur seine Erfahrungen als äußerst erfolgreicher Unter-

nehmer und Marketingstrategie sowie erhebliche finanzielle Mittel und Kontakte zu potenziellen Geldgebern mit ein, sondern darüber hinaus auch den politischen Ruhm und Namen seines Vaters, was in Ghana viel zählt. Sein Vater, I. O. Obetsebi-Lamptey, gehörte zu den sogenannten Big Six der ghanaischen Unabhängigkeitsbewegung und war, nachdem er und andere sich mit dem späteren Staatsgründer Nkrumah überworfen hatten, einer der Mitbegründer der UP, in deren Tradition sich die NPP sieht. Als weiteres Plus brachte „Jake“, wie er in den Medien achtungsvoll genannt wird, mit ein, dass er zur in der Hauptstadt Accra beheimateten Volksgruppe der Ga gehört. Seine Ernennung zum Wahlkampfleiter gab Kufuors Bestrebungen, die NPP zu einer landesweiten Volkspartei zu formen, weitere Glaubwürdigkeit. Ohne Zweifel war „Jake“ der strategische Kopf in Kufuors Wahlkampf.²⁾

- 2) Folgt man der These, dass sich ein erfolgreicher Politiker weniger durch seine detaillierten Fachkenntnisse auszeichnet als vielmehr durch seine Menschenkenntnis und die Fähigkeit, gute Fachleute um sich zu scharen, dann ist die Ernennung Jake Obetsebi Lampteys zu seinem Wahlkampfmanager sicherlich ein Hinweis darauf, dass Kufuor ein solch erfolgreicher Politiker ist und weiterhin sein wird. Es wundert daher auch nicht, dass Kufuors erste Personalscheidung nach seiner Amtseinführung am 7. Januar 2001 die Ernennung „Jakes“ zum Chef des Präsidialamtes (Chief of Staff) mit Ministerrang war. Nicht wenige Beobachter sehen in „Jake“ nun die reale machtpolitische Nummer 2 in Ghana, – und finden das ziemlich beruhigend.

Bereits im Frühjahr 2000 wurde der Wahlkampfmarathon von der NPP gestartet, – überraschend früh für viele Beobachter und vor allem für die NDC, die alle Zweifel daran hatten, dass die NPP über die finanziellen Mittel für einen Wahlkampf verfügte, der dem der NDC Paroli bieten würde. Einen Wahlkampf über mehr als ein halbes Jahr hinweg traute ihr kaum jemand zu. Jedenfalls erwischte Kufuors Team die NDC, die mit zahlreichen innerparteilichen Streitigkeiten vor allem auf lokaler, aber auch auf nationaler Ebene beschäftigt war, mit diesem frühen Start auf dem falschen Fuß. Mit seiner einfachen und eingängigen Botschaft für einen echten „positiven Wechsel“ (*positive change*) – gemeint als Gegensatz zu einem nur halben und negativen Wechsel von Rawlings zu Mills –, brachten sie die NDC in die Defensive und in ein strategisches Dilemma.

Einerseits war klar, dass die NDC ohne ihren charismatischen Präsidenten keinen erfolgreichen Wahlkampf bestreiten konnte, da Mills zwar als anständig galt, aber nur über ein „professorales“ Charisma verfügte und von vielen Jerry-Fans in der Tat als ein Wechsel zum Negativen empfunden wurde, vor allem, weil er als politischer Quereinsteiger nicht als einer der ihren angesehen wurde. Eine emotionale Mobilisierung der auf Rawlings eingeschworenen Revolutionskader, die die Mehrheit der Wahlkampf-

fußtruppen bildeten, war nur durch eine prominente Rolle des scheidenden Präsidenten im Wahlkampf denkbar. Andererseits wollten viele Menschen, besonders die für die Meinungsbildung wichtige städtische und ländliche Mittelschicht, gerade mit Blick auf die wirtschaftliche Misere nach fast 20 Rawlings-Jahren einen Wechsel. Diese Menschen waren durchaus von der menschlichen Seite und der sachlichen Kompetenz von Vizepräsident Mills angetan, aber sie trauten ihm nicht zu, wirklich aus dem Schatten Rawlings' treten zu können. Für sie ergab die Summe aus „Präsident Mills + Vizepräsident Amidu + Parteichef Rawlings“ immer noch das Endergebnis „= Rawlings“, genauso wie sie die Summe aus „Rawlings + Mills“ in den vergangenen vier Jahren auch als „= Rawlings“ erlebt hatten. Diese Gleichung symbolisierte für sie nicht den erhofften Wechsel. Prof. Mills hatte in seinen vier Jahren als Vizepräsident kein eigenes Profil gewinnen können, und viele betrachteten ihn nur als zeremonielle Beigabe zur Präsidentschaft Rawlings'. Nachdem ein NDC-Parteitag Ende 1998 die Parteisatzung ergänzt hatte und die Funktion des „Gründers und Führers der Partei“ (*Founder and Leader of the Party*) für Rawlings mit dem Hintergedanken geschaffen wurde, dass es nur einen Gründer der Partei gibt, nämlich Rawlings, und es somit Zeit seines Lebens auch nur einen Führer der Partei geben kann und wird, nämlich Rawlings, war es ziemlich offensichtlich, dass Rawlings die Absicht hegte, die reale machtpolitische Nummer 1 zu bleiben. Als Mills dann auf „seinem“ Nominierungsparteitag im Juni 2000 auch noch öffentlich kundtat, er werde Rawlings „24 Stunden am Tag um Rat fragen“, gaben die meisten seiner (potenziellen) Sympatisanten die Hoffnung endgültig auf, dass er sich neben Rawlings als eigenständige politische Persönlichkeit behaupten könne.

Aus diesem Dilemma und der damit verbundenen Defensive kam die NDC zu keinem Zeitpunkt mehr heraus. Der zentrale Slogan der NDC ist der beste Beleg dafür, dass sie der NPP wahlkampfmäßig hinterherlief und ständig nur auf deren Aktionen reagierte, anstatt selbst die Initiative zu übernehmen. Mit dem Slogan *Progressive Change* versuchte die NDC einerseits die „Wechsel“-Stimmung aufzugreifen und andererseits eigenes Profil zu wahren. Was

aber bei der Masse der Bevölkerung hängen blieb, war nur eines: *Change* – der Wechsel, und den repräsentierte eben nur die NPP mit Kufuor in einer glaubwürdigen Weise. Die Wahl des stellvertretenden Justizministers Martin Amidu zum *Running Mate* konnte daran auch nichts mehr ändern. Sie wurde weniger als eigenständige Personalentscheidung von Mills interpretiert als vielmehr als der kleinste gemeinsame Nenner, mit dem alle die politischen Schwergewichte innerhalb der NDC, die selber nicht zum Zuge kamen, gerade noch leben konnten. Amidu kommt zwar aus dem Norden Ghanas und erfüllte somit das wichtigste Proporzkriterium, aber er entstammt einer sehr kleinen Volksgruppe, so dass er als „Nordfaktor“ wenig Gewicht einbrachte. Eine eigene Haushalt innerhalb der Partei oder ein markantes Profil hatte er nicht; Mills konnte also mit dieser Entscheidung seine Eigenständigkeit nicht demonstrieren.

■ „Reform“ und andere kleine Parteien – das zweite Wahlkampf- dilemma der NDC

Im Unterschied zum Wahlkampf des Jahres 1996 hatte dieser diesmal nicht so sehr den Charakter eines Lagerwahlkampfes, da neben den beiden großen Parteien NPP und NDC auch noch fünf weitere kleine Parteien mit eigenen Präsidentschafts- und Parlamentskandidaten antraten. Dies stellte insofern für die NDC ein nicht zu unterschätzendes Problem dar, als die drei wichtigsten der kleinen Parteien der NDC programmatisch näher stehen als der NPP und eine von ihnen sogar eine Abspaltung von der NDC ist.

Die National Reform Party (NRP), oder nur kurz „Reform“ genannt, war aus einer innerparteilichen Reformbewegung der NDC hervorgegangen und hatte sich 1999 von dieser abgespalten. Ihre ursprüngliche Kritik richtete sich gegen ein Defizit an innerparteilicher Demokratie und die mangelnde Berücksichtigung der alten Revolutionskader bei Personalentscheidungen. Diese Kritik machte sich Luft nach der offensichtlich intern wenig abgestimmten Ankündigung Rawlings' im Juni 1998, dass Prof. Mills sein Nachfolger werden solle. Da Mills

ein Quereinsteiger ist und bereits seine Nominierung zum *Running Mate* 1996 überraschend gekommen war und viele NDC-Größen mit eigenen Ambitionen vor den Kopf gestoßen hatte, sahen nicht wenige von ihnen nun ihre Felle davonschwimmen und ihre grundsätzliche Kritik bestätigt. Goosie Tanoh, der Rawlings, was Charisma betrifft, wenig nachsteht und als einer der intellektuellen Köpfe der Revolutionsbewegung von 1981 gilt, machte sich zum Sprecher der Unzufriedenen, wobei er sicherlich auch persönliche Interessen hatte. Da er nämlich wie Prof. Mills der Volksgruppe der Fanti angehört, bedeutete für ihn dessen Nominierung als Präsidentschaftskandidat aus ethnischen Proporzgründen automatisch, dass er selbst auch für die Vizepräsidentschaftskandidatur nicht mehr in Frage kam. Die NDC Satzungsänderung vom Dezember 2000 machte dann auch anderen deutlich, dass Rawlings auch nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt die reale Nummer 1 zu bleiben gedachte und dass Mills ohne eigene Hausmacht immer ein Präsident von Rawlings' Gnaden bleiben würde, womit andere Ambitionierte keine Chance mehr hatten, jemals selbst ganz oben zu stehen. 1999 spalteten sich dann Teile der Reformbewegung von der NDC ab und gründeten ihre eigene Partei. Der Weggang vor allem zahlreicher Mitglieder der früheren Revolutionskader, die die Fußtruppen der NDC bildeten, schwächte die Wahlkampfmaschinerie der NDC nicht nur numerisch-quantitativ, sondern auch qualitativ, denn mit ihnen ging auch viel Wissen über die sauberer wie schmutzigen Wahlkampfstrategien und -tricks, mit denen die Partei die letzten Wahlen vor allem in den ländlichen Gebieten gewonnen hatte. Goosie wörtlich: „Wenn ich auspacke, erbebt die Republik.“ „Reform“ drohte somit nicht nur, Wähler am Wahltag von der NDC zu sich herüberzuziehen, sondern auch, die NDC bereits im Wahlkampf relativ gegenüber der NPP zu schwächen. Angesichts des einfachen Mehrheitswahlrechtes bei den Parlamentswahlen und der daraus resultierenden Bedeutung auch kleinerer Stimmenverschiebungen sollte sich dies vor allem in einer Anzahl von Parlamentswahlkreisen als ausschlaggebend erweisen.

Auf Grund der ideologischen NDC-Nähe der beiden kleinen nkruhmaistischen Parteien CPP

(Convention People's Party) und PNC (People's National Convention), die beide mit eigenen Kandidaten antraten und nicht wie die CPP 1996 eine taktische Allianz mit der NPP eingingen, waren sie ebenfalls eher ein Problem für die Regierungspartei als für die NPP. Alle diese drei kleinen Parteien hatten trotz oder gerade wegen ihrer eigentlichen Nähe zur NDC ein vitales Interesse daran, diese von der Macht zu verdrängen, selbst wenn dies einen Sieg der NPP bedeuten würde. Ihr Kalkül setzte und setzt auf die Hoffnung, dass die NDC bei einem Machtverlust zu weiten Teilen auseinanderbrechen werde, und sie dann einen Großteil ihrer Wähler- und Anhängerschaft für sich gewinnen können. Dadurch gestärkt, könnten sie dann vier Jahre später die mit der wirtschaftlichen Misere kämpfende NPP herausfordern.

Entscheidender aber als die möglichen (begrenzten) Verluste der NDC an diese kleinen Parteien war der Umstand, dass schon ihre bloße Existenz es für die NDC unmöglich machte, wie 1996 einen einfachen, auf die NPP als Hauptgegner ausgerichteten Wahlkampf zu führen und dabei vor allem auf die ethnische Karte und das Vorurteil zu setzen, die NPP sei eine elitäre und Ashanti-lastige Honoratiorenpartei, die nicht für die Interessen der einfachen Leute stehe. Mit dieser Strategie hatte die NDC 1996 in allen Teilen des Landes außer der Ashanti-Region die NPP noch klar geschlagen, besonders deutlich in den drei Regionen des Nordens, wo die NDC bei den letzten Wahlen kaum Ressourcen einsetzen musste. Wegen der regionalen Hochburgen von CPP und PNC gerade dort funktionierte dies diesmal nicht, und die NDC war nun gezwungen, einen „Mehrfrontenwahlkampf“ zu führen. Außer der Volta-Region, der Heimat von Präsident Rawlings, konnte sich die NDC nirgendwo mehr ihres Sieges sicher sein. Die NPP dagegen konnte sich ausschließlich auf die NDC einschießen und brauchte von den anderen Parteien keine Querschüsse zu fürchten, denn alle hatten ja ein Interesse an der Ablösung der NDC – um jeden Preis, auch den eines NPP-Sieges. Sie schossen sich vielmehr ihrerseits ebenfalls einzig auf die NDC ein, und für den Fall eines zweiten Wahlganges war abzusehen, dass alle kleinen Parteien die NPP unterstützen würden. Für dieses Szenario sprach auch die Überlegung, dass die NPP in diesem

Falle als Favorit betrachtet werden würde. Mit dem Gang in eine zweite Runde wäre nämlich der NDC-Mythos der Unbesiegbarkeit gebrochen und hätte einen nicht zu unterschätzenden psychologischen Nachteil für diese Partei bedeutet. Da erfahrungsgemäß in einer zweiten Runde die Anhänger der aus dem Rennen geschiedenen Parteien mehrheitlich für den Favoriten zu stimmen pflegen, kam somit jedes zu einem zweiten Durchgang führende Ergebnis einem NPP-Erfolg und einer NDC-Niederlage gleich. Nach Aussage eines Regierungsmitgliedes setzte die NDC deswegen in den letzten Wahlkampfwochen alles daran, einen zweiten Wahlgang zu vermeiden.

■ Die Rolle der Wahlkommission und das aufgeblähte Wählerregister

In diesem Bemühen schreckte die NDC auch nicht davor zurück, wenige Tage vor dem ersten Wahlgang die unabhängige Wahlkommission, deren Mitglieder zwar weitgehend von der Regierung ernannt werden, aber dann, einmal ernannt, eine unseren Verfassungsrichtern vergleichbare Unabhängigkeit haben, vor dem Verfassungsgericht zu verklagen und damit die politische Stimmung gefährlich aufzuheizen. Streitpunkt war die Frage, wie sich Wähler im Wahllokal gegenüber den Beamten der Wahlkommission und den Vertretern der politischen Parteien – jeder Kandidat ist entsprechend der Wahlgesetzgebung berechtigt, einen Vertreter (*agent*) zur Beobachtung in jedes Wahllokal zu schicken – auszuweisen haben. Dies war deswegen ein sehr brisanter Punkt, weil nach den eigenen und von keiner Partei bestrittenen Angaben der Wahlkommission das Register von ca. 10,6 Millionen Wählern gut 1,5 Millionen Namen nicht existierender Personen enthält. Diese Aufblähung des Wählerregisters ist zurückzuführen auf die Nichtentfernung der Namen verstorbener Wähler und auf Doppelregistrierungen, beispielsweise umgezogener Personen, und hatte seit Monaten heftige Kritik der Oppositionsparteien und westlicher Diplomaten hervorgerufen.

Die Wahlkommission hatte auf diese Kritik reagiert und in einer sehr aufwendigen, von westlichen Gebern finanzierten landesweiten Aktion die alten

Daumenabdruck-Wahlausweise durch neue Lichtbildausweise ersetzt. Darüber hinaus hatte sie die Wahlvorstände in den Wahllokalen angewiesen, Wähler auch dann wählen zu lassen, falls sie die neuen Lichtbildausweise nicht vorweisen, sich aber auf andere Weise zufriedenstellend ausweisen können. Explizit hatte die Wahlkommission vorgeschrieben, dass die alten Daumenabdruck-Ausweise alleine keine zufriedenstellende Ausweisung darstellten. Damit wollte sie verhindern, dass Wähler mit Hilfe dieser alten Ausweise, die zum großen Teil verloren gemeldet und nicht an die Wahlkommission zurückgegeben worden waren, und unter Verwendung falscher Namen von nichtexistierenden, aber im Wählerregister aufgeführten Personen mehrfach wählten. Diese Regelung hatte sowohl die Oppositionsparteien als auch die westlichen Geber zufrieden gestellt, aber den Unwillen der Regierungspartei NDC erregt. Sie reklamierte, dass zahlreiche Wähler in ländlichen Regionen, den Hochburgen der NDC, ihre alten Ausweise nicht gegen die neuen Lichtbildausweise hatten eintauschen können und Gefahr liefen, um ihr Wahlrecht gebracht zu werden. Dies führte zu einer heftigen Debatte, in deren Verlauf der stellvertretende britische Botschafter öffentlich die Ansicht der NDC zurückwies und darauf aufmerksam machte, dass zum einen diegeberfinanzierte Umtauschaktion der Ausweise auch in entlegenen Gegenden erfolgreich war, was er und Mitarbeiter der Botschaft während mehrwöchiger Rundreisen durchs Land persönlich überprüft hätten, und zum anderen die Zulassung der alten Ausweise einer Gebermittelverschwendug gleich komme. Darüber hinaus werde niemand um sein Wahlrecht gebracht, da es ohne Schwierigkeiten möglich sei, sich gegenüber den Wahlvorständen anderweitig auszuweisen, etwa durch ein oder zwei Zeugen, wobei gerade in ländlichen Gebieten die Wähler den Wahlvorständen in der Regel ohnehin persönlich bekannt wären. Dass die britische Botschaft in so undiplomatischer Weise in die Debatte eingriff, zeigte den Ernst der Situation. Davon unbeeindruckt verklagte eine Einzelperson, die allem Anschein nach ein NDC-Strohmann war, die Wahlkommission und wollte durchsetzen, dass die alten Wahlausweise alleine eine hinreichende

Identifizierung der Wähler darstellen. Diesem Antrag des Klägers gab das Verfassungsgericht statt.

In diplomatischen Kreisen wie auf Seiten der Opposition war dieses Urteil mit Fassungslosigkeit und schierem Unverständnis aufgenommen worden. Angesichts von zahlreichen Berichten, die der NDC vorwarf, systematisch alte Wahlausweise gesammelt und zum Zwecke der Mehrfachwahl an seine Anhänger verteilt zu haben, griffen Befürchtungen um sich, dass es zu massivem und systematischem Wahlbetrug kommen könnte. Es war zwar schwierig, diese Vorwürfe zu bestätigen, aber einzig der NDC hätte ein Motiv für ein solches Verhalten gehabt. Nach Einschätzung vieler Beobachter und nach Aussagen, die hohe NDC-Vertreter hinter vorgehaltener Hand machten, hatte Vizepräsident Mills wenig Chancen, im ersten Wahlgang direkt mit mehr als 50 Prozent der Stimmen zu gewinnen, und in einem zweiten Wahlgang war ein Sieg Kufuors eher wahrscheinlich. Viele sahen daher im Wahlbetrug die einzige Möglichkeit der NDC, einen zweiten Wahlgang bei den Präsidentschaftswahlen zu verhindern und im ersten Wahlgang zu siegen. Einen solchen Sieg aber hätte die Opposition nicht akzeptieren können. Genährt wurden die Befürchtungen auch dadurch, dass die Sicherheitskräfte unmittelbar nach der Verkündung des Urteils angekündigt hatten, dessen Befolgung durchzusetzen, und davor warnten, den friedlichen Ablauf der Wahlen zu stören. Diese Warnung war offensichtlich vor allem an die Parteienvertreter in den Wahllokalen gerichtet, die versuchen könnten, des Wahlbetrugs verdächtige Wähler am Wählen zu hindern. Dabei war klar, dass die Sicherheitskräfte verfassungsgemäß in keiner Weise befugt sind, in das Wahlgeschehen einzutreten. Die Durchführung der Wahl ist alleinige Sache der Wahlkommission. Wäre es tatsächlich zu von den Sicherheitskräften gedeckten Wahlmanipulationen gekommen, wäre der innere Friede in Ghana in höchster Gefahr gewesen. Bereits vor der Verkündung des Richterspruches kam es zu Ausschreitungen zwischen Oppositionsanhängern und Sicherheitskräften vor dem Gebäude des Verfassungsgerichtes, bei denen diese mit Gummimantelgeschossen und Tränengas vorgingen und es zahlreiche Verletzte gab.

■ Die überaus positive Rolle der Medien und der internen Wahlbeobachter

Dass es am 7. Dezember dann weitgehend ruhig blieb und es nur zu relativ wenigen Zwischenfällen kam, die nicht auf systematische Versuche des Wahlbetruges schließen ließen, ist vor allem den inzwischen zahlreichen privaten lokalen Radiostationen und den mehr als 10 000 internen Wahlbeobachtern zu verdanken.

Von der Öffnung der Wahllokale an bis zur Verkündung des Endergebnisses haben zahlreiche private Radiosender 72 Stunden rund um die Uhr intensivst über den Urnengang, über Trends und Ergebnisse live aus allen Landesteilen berichtet und Kommentare geliefert. Es waren rund um die Uhr Reporterteams im Einsatz, die selbst die Rolle von Wahlbeobachtern spielten und immer dann, wenn Anrufer (*call in*) live im Radio über Zwischenfälle an einem Wahllokal berichteten, dorthin eilten, um über die Situation zu informieren. Bereits wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale meldeten sie erste Ergebnisse und Trends von einzelnen Wahllokalen und Stimmbezirken und unterbrachen ihre Sendungen für jedes neuverkündete Wahlkreisergebnis. Sie trugen damit wesentlich zur Zerstreuung vielfacher Befürchtungen in der Bevölkerung bei, dass sich auf dem Weg vom Wahllokal zur Zentrale der Wahlkommission an den Ergebnissen „etwas ändern“ könnte. Positiv erwies sich in diesem Zusammenhang eine Vorschrift der Wahlgesetzgebung, die vorschreibt, die Stimmen in jedem Wahllokal unmittelbar nach der Schließung an Ort und Stelle auszuzählen, danach das Ergebnisformblatt von allen Parteienvertretern unterschreiben zu lassen und in Kopie an diese auszuhändigen und das Resultat anschließend öffentlich zu verkünden, bevor es an die Wahlkreiszentrale der Wahlkommission weitergeleitet wird. Auf diese Weise und auf Grund des vielerorts gegebenen kommunikationstechnischen Vorsprunges der Medien wie auch der politischen Parteien waren diese der Wahlkommission in vielen Fällen informationsmäßig voraus. In Accra und Kumasi, den städtischen Zentren mit jeweils einem guten halben Dutzend lokaler Radiosender, entbrannte geradezu ein Wettlauf hinsichtlich

der Bekanntgabe von Ergebnissen und Trends. Viele Händler wussten von einem Run auf tragbare Radios und die entsprechenden Batterien zu erzählen. Am Sonntag, dem 10. Dezember, wurden zahlreiche Kirchgänger dabei beobachtet, wie sie diese Radios mit in den Gottesdienst nahmen. Das „dass“ und das „wie“ dieser engagierten Berichterstattung kann man nur als journalistische Meisterleistung bezeichnen, die von erfahrenen internationalen Wahlbeobachtern als beispiellos in der Geschichte Afrikas gewertet wurde.

Einen nicht minder wichtigen Beitrag zum friedlichen, freien und fairen Verlauf der Wahlen trugen die weit über 10 000 lokalen Wahlbeobachter bei, die verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen ausgebildet und ins Feld geschickt hatten. Unter diesen waren knapp 5000 Beobachter der katholischen Kirche, die in einem zweijährigen (Aus)Bildungsprogramm vorbereitet worden waren. Gemeinsam mit ca. 2000 Beobachtern des protestantischen Christenrates und muslimischer Organisationen, die sich alle zum Forum of Religious Bodies zusammengeschlossen hatten, wurden sie in über 60 *Battle-ground*-Wahlkreise entsandt. Ausschlaggebend für die Auswahl der Wahlkreise war eine Analyse der möglichen „Wahlbetrugsmotivlagen“, d.h. es wurden solche Wahlkreise ausgewählt, in denen eine oder mehrere Parteien ein besonderes Motiv zum Wahlbetrug haben konnten. Dies waren vor allem Wahlkreise, in denen entweder ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen NPP und NDC erwartet wurde oder in denen aussichtsreiche Kandidaten der kleineren Parteien antraten. Hinzu kamen solche, die als Hochburg einer Partei galten und in denen die anderen Parteien voraussichtlich nicht genügend oder unzureichend qualifizierte Vertreter in die Wahllokale entsenden konnten. Wichtig war dabei, dass in den ausgewählten Wahlkreisen jedes zweite Wahllokal mit jeweils zwei Beobachtern durchgängig von 6.00 Uhr morgens bis zur Verkündung der Wahlergebnisse überwacht wurde. Dieser massive, auf ein Drittel der Wahlkreise konzentrierte und systematische Einsatz von Wahlbeobachtern, die an einheitlichen T-Shirts erkennbar waren, entfaltete eine enorme positive Wirkung. Wegen dieser Konzeption der Wahlbeobachtung und auf Grund der guten Kommunikations-

- 3) Das landesweite Kurzwellenfunknetz der katholischen Bistümer und ihrer ländlichen Pfarreien war das kommunikationstechnische Rückgrat des „Forums“ und garantierte jederzeit sowohl am Wahltag als auch während der anschließenden Auszählungstage einen gute und umfassende Informationslage der Wahlbeobachter.

strukturen und des entsprechenden Trainings der Beobachter war die im nationalen katholischen Büro eingerichtete und 72 Stunden rund um die Uhr arbeitende „Einsatzzentrale“ des Forums informierungsmäßig vor allem in ländlichen Wahlkreisen sowohl den Medien als auch der Wahlkommission voraus und in der Lage, 48 Stunden nach Schließung der Wahllokale eine erste, außerordentlich aussagekräftige und glaubwürdige Stellungnahme bezüglich der Fairness und Freiheit des Wahlvorganges abzugeben.³⁾

Beides, die intensive und engagierte Medienberichterstattung und der Einsatz der lokalen Wahlbeobachter, trugen wesentlich dazu bei, dass sich die äußerst angespannte Situation zu Beginn des Wahlganges zunehmend entspannte und im Verlaufe der Auszählung in gelassene Heiterkeit wandelte.

■ Das Wahlergebnis – eine Analyse

Entscheidend für den Erfolg der NPP war es, dass sie diesmal auch außerhalb ihrer Hochburg in Ashanti, der einzigen der insgesamt zehn Regionen Ghanas, in der sie bei den Wahlen 1996 eine Mehrheit erreichte, deutliche Gewinne erzielte. Bei den Präsidentschaftswahlen erreichte Kufuor bereits im ersten Wahlgang auch Mehrheiten in der Western, Central und Eastern Region sowie in der Landeshauptstadt Accra und in der Brong-Ahafo-Region, die vorher als NDC-Hochburg galt. Der NDC gelang es weiterhin, ihre Hochburg Volta-Region, die Heimat von Präsident Rawlings, ebenso klar zu verteidigen wie die Upper West, die Upper East und die Northern Region. Im Gegensatz zu 1996 aber, als sie sämtliche 39 Wahlkreise in den Regionen Upper West, Upper East und Volta mit Traumergebnissen gewann, musste sie dort nun insgesamt sieben Parlamentssitze und etliche Stimmen bei der Präsidentenwahl abgeben. Unter den unterlegenen NDC-Kandidaten befinden sich zahlreiche politische Schwergewichte der Partei wie beispielsweise die beiden Minister für Inneres und Landwirtschaft, die beiden Regionalminister in Upper West und Greater Accra sowie die stellvertretenden Regionalminister in Brong-Ahafo und Upper East.

Die PNC gewann jeweils einen Sitz in den Regionen Upper West und East sowie Northern. Ihr Prä-

sidentschaftskandidat Dr. Edward Mahama hat fast alle der auf ihn entfallenden Stimmen (2,9 Prozent) in diesen drei und einigen anderen Wahlkreisen dieser nördlichen Regionen gewonnen, wobei er in einigen dieser Wahlkreise deutlich vor Mills und Kufuor gewann. Die PNC nimmt somit deutlich Züge einer Regionalpartei mit lokalen, aber stabilen Hochburgen an. Für den zweiten Präsidentschaftswahlgang war dies von entscheidender Bedeutung.

Die CPP gewann ihren einzigen Sitz in einem Wahlkreis der Western Region dank der NPP, die dort keinen eigenen Kandidaten aufstellte, die Präsidentenwahl aber klar gewann. In einigen Wahlkreisen der Central und Northern Region verfehlten CPP-Kandidaten nur knapp den Sprung ins Parlament. In diesen Wahlkreisen holte ihr Kandidat Prof. George Hagan auch die meisten seiner Stimmen, die er aber dort wohl fast ausschließlich seinem *Running Mate* Alhaji Ibrahim Mahama zu verdanken hat, einem bekannten und wegen seiner Rolle im Bürgerkrieg der Nordregion von 1994 höchst umstrittenen Führer der Volksgruppe der Dagomba.

Die Reform-Partei gewann zwar keinen einzigen Parlamentssitz, aber einige ihrer Kandidaten brachten es in vormaligen NDC-Hochburgen auf zum Teil zweistellige Stimmenanteile und brachten manchen NDC-Kandidaten daher um seinen sicher geglaubten Sieg – zugunsten der NPP. Dies war eine kalkulierte und somit erfolgreiche Strategie, die sich auch darin spiegelt, dass die meisten dieser Wähler bei der Präsidentschaftswahl für Kufour stimmten.

Als die Präsidentschaftswahl in die zweite Runde ging, hoffte die NDC darauf, dass Kufuor und seinem Team der Atem ausgehen werde, aber dies war keineswegs der Fall. Mit Vehemenz und einer erstaunlichen Konsistenz hinsichtlich seiner Botschaft gewann Kufuor auch diese Runde klar und deutlich, dank seines langen Atems.

Die Deutlichkeit, mit der Kufuors Sieg in der zweiten Runde ausfiel, ist denn auch nicht nur dadurch zu erklären, dass die Anhänger der kleineren Parteien am 28. Dezember praktisch geschlossen für den NPP-Kandidaten stimmten. Beigetragen hat zu dem klaren Ergebnis vor allem, dass Kufuor und die NPP, bei einer insgesamt etwas geringeren Wahlbeteiligung, ihre Wählerschaft besser mobilisierten als

die NDC und so ihren Vorsprung in ihrer Hochburg Ashanti-Region (knapp 80 Prozent) und in den anderen fünf Regionen des Südens ausbauen konnten. Darüber hinaus gelang es ihnen, im Norden des Landes in NDC-Hochburgen einzubrechen. Gewann die NDC 1996 die drei nördlichen Regionen noch mit insgesamt ca. 70 Prozent der Stimmen gegenüber ca. 20 Prozent der Stimmen für Kufuor und die NPP, so verdoppelte sich der Stimmenanteil Kufuors in der Stichwahl vom 28. Dezember reichlich auf deutlich über 40 Prozent. Einzig in der östlichen Volta-Region, der Heimat von Rawlings, konnte die NDC ihre überwältigende Dominanz bewahren und erreichte knapp 90 Prozent. Aber auch hier verdoppelte Kufuor seinen Stimmenanteil von 4,7 im Jahr 1996 auf über elf Prozent. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Mills in seiner Heimatregion (Central Region) seinen erhofften Heimvorteil nicht ausspielen konnte und Kufuor hier mit knapp über 60 Prozent gewann. Dies dürfte wohl das Ende seiner politischen Karriere bedeuten.

Insgesamt bestätigt die regionale Verteilung der Stimmen, dass die NDC in der Öffentlichkeit weiterhin als die Rawlings-Partei wahrgenommen wurde und Vizepräsident Mills nicht als *his own man*, sondern als Kandidat von Rawlings' Gnaden betrachtet wurde. Im Gegensatz dazu gelang es Kufuor und der NPP, das Stigma der reinen Ashanti-Partei zu überwinden. Entscheidend hat hierzu sicherlich auch Kufuors *Running Mate* Alhaji Aliu Mahama beigebracht. Er ist ein wohlhabender Geschäftsmann und stammt aus Tamale, der Metropole des Nordens, und ist zudem Moslem. Von ihm wurde sehr stark die Gründung sogenannter Nawsara-Clubs gefördert, politischer Vereinigungen der NPP in den „Zongos“, den dicht besiedelten Moslemvierteln der Städte Südghanas, in denen die Mehrheit der ghanaischen Moslems lebt (und nicht im Norden, wie vielfach fälschlicherweise angenommen wird). Sollten diese Clubs sich über den Wahlkampf hinaus konsolidieren, könnten sie die Grundlage für eine eigene Hausmacht Alius innerhalb der NPP und ein wichtiger Schritt in Richtung einer echten Volkspartei werden. Alius Nominierung wurde jedenfalls ganz offensichtlich nicht als regional-ethnische Proporzkosmetik wahrgenommen, sondern als ein ernstgemeintes

Anliegen Kufuors, die NPP in eine landesweite Volkspartei zu wandeln. So ging denn die Strategie der NDC nicht auf, die in den drei Wochen zwischen den Wahlgängen in massiver und unverantwortlicher Weise versuchte, die ethnische Karte zu spielen und Ängste vor einer drohenden Ashanti-Dominanz zu schüren. Hier bewies die Wählerschaft eine bemerkenswerte politische Reife. Diese manifestierte sich letztlich auch darin, dass sie ungeachtet des rührigen Wahlkampfes der kleinen Parteien die politische Alternative zwischen NPP und NDC klar erkannt und dementsprechend gewählt hat, entgegen den Vermutungen nicht weniger Beobachter.

■ Die Zukunft der NDC und Rawlings'

Die Zukunft der NDC ist ungewiss und hängt von mehreren Faktoren ab. Zum einen ist anzunehmen, dass Teile der Anhängerschaft, die nach Rawlings' zweitem Putsch gegen die nkrumahistische Regierung Hilla Limanns aus der damaligen UP-orientierten Opposition genau wie zunächst Kufuor auch sich Rawlings angeschlossen hatten und bis heute in der NDC geblieben waren, versuchen werden, zu ihren politischen Wurzeln und zu den neuen Fleischköpfen der Regierungsmacht, d.h. zur NPP, zurückzukehren. Ähnliches gilt sicherlich für viele eigentlich politisch Ungebundene, die aus persönlichen wirtschaftlichen (öffentliche Aufträge) oder beruflichen (öffentlicher Arbeitgeber) Gründen die Regierungs- partei unterstützen und an diese Abgaben entrichteten bzw. entrichten mussten. Wie willkommen sie nun bei der neuen Regierungspartei sein werden, darf in Ruhe abgewartet werden. Anhänger der Nkrumah-Tradition innerhalb der NDC, die sich nach einer mehr oder weniger langen Schamfrist zum überwiegenden Teil von Limann losgesagt und Rawlings angeschlossen hatten, dürften zumindest teilweise versuchen, zu den nkrumahistischen Parteien zurückzufinden. Jedenfalls ist dies die Hoffnung von CPP und PNC. Ob diese Hoffnung in Erfüllung geht, erscheint angesichts der offensichtlichen Schwäche beider Parteien ein wenig fraglich. Die PNC darf hier wohl auf Grund ihrer umstrittenen Führungs- persönlichkeit Dr. Edward Mahamas die besseren Karten haben als die chronisch um das „wahre Erbe“

Nkrumahs streitenden CPP-Leute. Das Problem der PNC ist dabei jedoch ihr Erscheinungsbild als nördliche Regionalpartei. Die Reform-Partei ihrerseits hofft darauf, die Mehrheit der Revolutionskader, die weder der UP- noch der Nkrumah-Tradition näher verbunden sind, für sich zu gewinnen. Ob ihr dies angesichts ihrer Nichtpräsenz im Parlament gelingen wird, ist fraglich.

Ein weiterer Faktor sind die verschiedenen Flügel bzw. „Landsmannschaften“ innerhalb der NDC. Neben den Ewes aus Rawlings' Heimatregion Volta sind hier die Fanti-Confederacy um den früheren Dezentralisierungsminister Kwamena Ahwoi, den ehemaligen Chief of Staff Nana Ato Dadzie und Ex-Staatsicherheitsminister Totobi Quakey sowie die starke „Nordfraktion“ zu nennen, die sich allerdings oft sehr uneinig ist, und die Techiman-Connection um den stellvertretenden Parteivorsitzenden und bisherigen Botschafter in Côte d'Ivoire, Munufie, sowie den neuen Fraktionsvize Isaac K. Adjei-Mensah. Sie müssen zu einer neuen internen Machtbalance finden, denn nur geschlossen und einig hat die Partei, die bislang um Rawlings herumgebaut und auf ihn zugeschnitten war, nach dessen Ausscheiden eine Überlebenschance. Damit ist dann auch der vielleicht entscheidendste Faktor genannt, nämlich Rawlings. Nachdem die NDC die Macht verloren hat, ist auch seine Strategie Geschichte, als Parteiführer hinter einem Präsidenten Mills die wahre Nummer 1 zu bleiben. In einer oppositionellen NDC wird es ihm schwerlich gelingen, ohne jegliches öffentliches Amt und somit ohne realen Einfluss parteiintern weiterhin dominieren zu können. So wird die Fraktionsführung im Parlament überlebensnotwendig darauf angewiesen sein, sich selbst zu profilieren und eigenständig in der Öffentlichkeit zu agieren. Darauf wird Rawlings im politischen Alltag kaum Einfluss nehmen können. Gerade der Blick auf die nächsten Wahlen 2004, bei denen die NDC mit einer neuen Doppelspitze antreten muss, stellt die Notwendigkeit für potenzielle Kandidaten, sich beizutzen in der Öffentlichkeit ins rechte Licht zu setzen, deutlich vor Augen. Sie werden es nicht zulassen können, wie Mills von Rawlings in den Schatten gestellt zu werden. Die sich dann unweigerlich entfaltende Eigen-dynamik des politischen Prozesses wird dann wohl

für Rawlings keine prominente Rolle mehr vorsehen.

Interessant sind diesbezüglich die Entscheidungen hinsichtlich der neuen Fraktionsführung. Zum Vorsitzenden wurde der aus der Upper West-Region stammende bisherige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Alban S. Bagbin gewählt. Sein Stellvertreter ist nun der frühere Minister für öffentliches Bauwesen, Isaac K. Adjei-Mensah aus Techiman, Fraktionsgeschäftsführer wurde wieder Edward Adjaho, ein Ewe aus der Volta-Region. Der frühere Fraktionsvorsitzende Kwabena Adjei (Ewe) wurde nicht wieder mit Führungsaufgaben betraut. Ob dies bereits erste Anzeichen eines neuen Machtgleichgewichtes sind, das vor allem auf Kosten der Ewes geht und somit auch in Richtung eines wirklichen Einflussverlustes von Rawlings deutet, muss sicherlich noch abgewartet werden, denn es könnte auch ein bewusster Schachzug sein, von Anfang an den Eindruck einer Ewe-Lastigkeit der NDC und ihrer Parteiführung zu vermeiden. Insgesamt aber ist eher anzunehmen, dass die Diadochenkämpfe in der NDC jetzt erst richtig losgehen werden.

Rawlings seinerseits hat ein Angebot von UN-Generalsekretär Kofi Annan, der ja Ghanaer ist, angenommen und wird in diesem UN-Jahr des Freiwilligendienstes als Goodwill-Botschafter zur Förderung von Freiwilligeneinsätzen rund um den Globus viel unterwegs sein – zur Erleichterung nicht weniger Ghanaer. Darüber hinaus hatte er bereits vor den Wahlen öffentlich angekündigt, sich nach seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt so oder so der weltweiten Malaria-Bekämpfung zu widmen. Am 31. Dezember 2000 feierte er noch einmal den 19. Jahrestag seiner zweiten Machtergreifung mit Kranznierderlegungen und Militärparaden und gab bei dieser Gelegenheit noch einmal öffentlich zu Protokoll, dass er kein Anhänger der Mehrparteidemokratie in Afrika sei, der neuen Regierung aber dennoch Glück wünsche.

Einen schweren Rückschlag in der öffentlichen Meinung erlitt die NDC in den vergangenen Wochen durch zahllose spektakuläre Enthüllungen über diverse Machenschaften in ihrer Regierungszeit. Mehr und mehr tritt nun das ganze ungeheuerliche Ausmaß von Korruption, Misswirtschaft, Veruntreuung und – zum großen Teil erst im Jahr 2000 betriebenen

– Verschuldung zu Tage, das nach dem Urteil der Mehrheit der Wähler der Hauptgrund für die gegenwärtige Wirtschaftskrise und Massenarmut ist, und eben nicht in erster Linie die von der NDC ins Feld geführten externen Faktoren. Besondere Empörung rief die Art und Weise hervor, wie alte Regierungsmitglieder und politische Beamte vor ihrem Ausscheiden zu lächerlichen Niedrigstpreisen ihre bisherigen Dienstwagen an sich selbst verkauften und dies dann auch noch in einer von kaum jemandem für möglich gehaltenen frechen Unverfrorenheit als „in 20 Jahren gewachsenes Gewohnheitsrecht“ zu rechtfertigen versuchten. Sollten sich diese Enthüllungen weiter massieren, könnte dies den möglichen Absetzungsprozess von Anhängern und Mitgliedern der NDC nachhaltig beschleunigen.

Kufuor und die NPP halten sich aus der öffentlichen Debatte hierüber noch weitgehend heraus und überlassen es den Medien und der allgemeinen Öffentlichkeit, die NDC zu kritisieren. Ihre Konzentration gilt der Regierungsbildung und dem wirtschaftlichen Krisenmanagement.

■ Fazit

Der Machtwechsel in Ghana ist in vielerlei Hinsicht begrüßenswert. Er stellt einen demokratiepolitischen Quantensprung dar und ist in seinem Verlauf vom Beginn des Wahlkampfes an bis hin zur Regierungsbildung ein Zeugnis der fortgeschrittenen politischen Reife der Bevölkerung. Diese Reife wird in den kommenden Monaten angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage, die Rawlings und seine NDC hinterlassen, und der zu ihrer Verbesserung notwendigen drastischen und sicher zum Teil unpopulären Maßnahmen noch einmal hart getestet werden. Für diesen Test hat der neue Präsident Kufuor ein überzeugendes personalpolitisches Tableau präsentiert, in seinem Kabinett geben die Wirtschaftsfachleute den Ton an. Dies und die Tatsache, dass er Ernst macht mit der Einbeziehung von Politikern außerhalb der eigenen Partei sowie mit der Wandlung der NPP in eine landesweite Volkspartei, lässt darauf hoffen, dass er und das ghanaische Volk diesen Härtetest bestehen und er sich als Glücksfall für Ghana erweist, als der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort. Im Interesse nicht nur Ghanas, sondern ganz

Afrikas und der Demokratie auf diesem leidgeprüften Kontinent kann und muss man ihm hierfür alles Gute wünschen.

4) GR – Greater Accra Region,
CR – Central Region, WR – Western Region, ER – Eastern Region, VR – Volta Region, AS – Ashanti Region, BA – Brong-Ahafo Region, NR – Northern Region, UE – Upper East Region, UW – Upper West Region

■ Anhang

Ministerliste

Portfolio	Name	Region ⁴⁾	Abgeordnete(r)
Präsidialamtsminister	Jake Obetsebi-Lamptey	GR	nein
Regierungskoordination und Nationale Planungskommission	J. H. Mensah (Fraktionsvorsitzender)	BA	ja
Dezentralisierung	Kwadwo Baa-Wiredu	AS	ja
Justiz	Nana Akuffo Addo	ER	ja
Inneres	Alhaji Malik Alhassan Yakubu	NR	ja
Verteidigung	Dr. Kwame Addo Kufuor	AS	ja
Äußeres	Hackmann Owusu-Agyeman	ER	ja
Regionalintegration und Wirtschaftsplanung	Dr. Kwesi Nduom (CPP)	CR	nein
Finanzen	Yaw Osafo-Marfo	ER	ja
Wirtschaft	Dr. Kofi Konadu Apraku	AS	ja
Energie	Albert Kan-Dapaah	AS	ja
Transport und Verkehr	Kwadwo Adjei Darko	BA	ja
Landwirtschaft	Maj. (ret.) Courage Quashigah	VR	nein
Raumplanung, Forsten und Bergbau	Akwasi D. Afriyie	AS	ja
Tourismus	Hawa Yakubu	UE	ja
Umwelt, Wissenschaft und Technologie	Prof. Dominic Kwaku Fobih	CR	ja
Bildung	Prof. Akumfi Ameyaw	BA	nein
Arbeit und Soziales	Cecilia Bannermann (Reform)	WR	nein
Öffentliches Bauwesen	Kwamena Bartels	GR	ja
Gesundheit	Dr. Richard W. Anane	AS	ja
Frauen	Gladys Asmah	WR	ja
Jugend und Sport	Malam Ali Yussif Issah (PNC)	UE	nein
Kommunikation	Felix Kwasi Owusu-Agyapong	ER	ja
Regierungssprecherin	Elisabeth Ohene	VR	nein
Staatsminister im Präsidialamt für Privatwirtschaftsförderung	Charles Omar Nyanor	CR	ja
Staatsminister im Landwirtschaftsministerium für Fischerei	Ishmael Ashitey	GR	ja
Staatsministerin im Bildungsministerium für Schulen und Mädchenförderung	Christine Churcher	CR	ja

Insgesamt 27 Personen wurden zu Ministern ernannt. Unter ihnen sind fünf Frauen (bislang drei). 20 gehören dem Parlament als Abgeordnete an. Zählt man den Sicherheitsberater im Präsidialamt, General Joshua Hamidu (NR), den Generalinspekteur der Polizei, Owusu Poku (BA), den Generalstabschef (neue Ernennung in einigen Wochen nach dem turnusmäßigen Ausscheiden der Amtsinhaber) und den einflussreichen Posten des Büroleiters des Präsidenten, der mit Botschafter D. K. Osei (AS) besetzt wurde, ebenso hinzu wie den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Papa Owusu Ankomah (WR), den Fraktionsgeschäftsführer Yaw Barimah (ER) sowie den Parteivorsitzenden Samuel Odoi Sykes (GR) und den Generalsekretär der Partei, Dan Botwe (ER), und bezieht die Ämter des Präsidenten (AS), Vizepräsidenten (NR) und Parlamentspräsidenten (GR) ebenfalls mit ein, dann kommt man auf 38 politische Spitzenpositionen, die in folgendem Regionalproporz aufgeteilt wurden:

Greater Accra Region:	5	Central Region:	4
Western Region:	3	Eastern Region:	6
Volta Region:	2	Ashanti Region:	9
Brong-Ahafo Region:	3	Northern Region:	3
Upper East Region:	2	Upper West:	0

Dieser Regionalproporz spiegelt zum einen relativ genau das Wahlergebnis der NPP in den Regionen wider, mit der Ashanti-Region als traditioneller Hochburg der Partei. Zum andern ist es ein Zeichen für die gewachsene Stärke des von Obetsebi-Lamptey geführten Regionalverbandes Greater Accra, dem mit ihm als Präsidialamtsminister und dem Parlamentspräsidenten sowie dem Parteivorsitzenden drei Schlüsselfiguren entstammen.

Hinzu kommen noch zehn Regionalminister, die jedoch nicht dem Kabinett angehören und die bei uns einer Mischung von Ministerpräsident und Regierungspräsident entsprächen und der jeweiligen Region entstammen, sowie eine noch nicht feststehende Zahl von stellvertretenden Ministern, die unseren Staatssekretären vergleichbar sind und deren Namen bei Abschluss dieses Artikels noch nicht feststanden.

Hier die Liste der Regionalminister, von denen fünf Mitglieder des Parlamentes (MPs) sind, unter

denen aber keine Frau (bislang zwei) ist. Greater Accra: Sheikh Ibrahim Codjoe Qua (MP), Central: Isaac E. Edumadze (MP), Western: Joseph Boahen Aidoo (MP), Volta: Owusu Yeboah, Eastern: Dr. Francis Osafo-Mensah (MP), Ashanti: Samuel K. Boafo (MP), Brong-Ahafo: Kwaku Debra , Northern: Ben Salifu , Upper East: Mahami , Upper West: Moktar Sahanoon.

Das Manuskript wurde am 25. Januar 2001 abgeschlossen.